

Ich bin beschämt

Erinnern. Ehren. Versöhnen;
30. 4. 2018

Ich war Teilnehmerin des Gedenkmarsches am 29. April. Wie bei vielen öffentlichen Veranstaltungen gehören Sicherheitsmaßnahmen zu Beginn der Veranstaltung mittlerweile zum alltäglichen Bild in Deutschland. Die TeilnehmerInnen der Gedenkveranstaltung im Kommunikationszentrum der WMF mussten sich im Vorfeld der Veranstaltung schriftlich anmelden, wurden bei Einlass durchsucht und erlebten durch die Schilderungen der Angehörigen der Opfer eine tief bewegende Stunde. Ich möchte mich bei allen Mitwirkenden und den Verantwortlichen für ihr Engagement bedanken.

Im Anschluss setzte sich der Gedenkmarsch in Bewegung. Die Sicherheitsmaßnahmen, die zuerst als übertrieben erschienen, wurden sehr schnell notwendig. In der Hohenstaufenstraße wurde der Zug von einer Frau mit Kopftuch auf das Übelste mit antisemitischen Äußerungen beschimpft. Im weiteren Verlauf des Gedenkmarsches wurden die Teilnehmer vor der Moschee in der Heidenheimer Straße mit Handys gefilmt oder fotografiert.

Ich bin bemüht, meine eigenen Kinder zu Weltoffenheit, Toleranz

und Anstand im Umgang mit anderen Gesinnungen und Religionszugehörigkeiten zu erziehen. Dankbar bin ich dafür, dass sie im Laufe ihrer Schulzeit ausreichend über die Verfehlungen der NS-Herrschaft aufgeklärt wurden, die Möglichkeit hatten, das KZ in Dachau zu besuchen und sich ein Bild über die Verbrechen in dieser Zeit zu machen. Meiner Ansicht nach ist Deutschland eines der wenigen Länder, das sich seiner Verantwortung stellt und seine Vergangenheit nach wie vor aufarbeitet.

Umso erschütternder sind für mich die Vorgänge, die sich am vergangenen Sonntag in Geislingen abgespielt haben. Ich bin beschämt, dass Angehörige von Opfern und Vertreter des israelischen Staates sich in unserer Stadt von muslimischen Glaubensangehörigen beschimpfen lassen müssen und bedroht werden. Es wäre wünschenswert, dass die Moscheen sich eindeutig gegen Antisemitismus aussprechen.

Im Übrigen ist das nicht der einzige Vorfall bei einem Gedenkmarsch. Bereits 2015 wurde die Stille des Gedenkmarsches in der Höhe des Talgrabens durch laute Musik, Gelächter und lautstarke Unterhaltung gestört.

Dr. Dagmar Hascher, Geislingen

Zu dumm, um aus der Geschichte zu lernen

Zu: Erinnern. Ehren. Versöhnen;
30. 4. 2018 und **Leitartikel: So geht's einfach nicht;** 2. 5. 2018

Ich bin Jahrgang 1947 und habe deshalb mit den schrecklichen Vorgängen des Dritten Reichs in den Jahren 1933 bis 1945 nichts zu tun gehabt und fühle mich deshalb auch überhaupt nicht schuldig und zuständig für irgendwelche Regressforderungen. Aber ist es damit getan? – Es ist unsere Geschichte!

Progrome gegen die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen kennt die Geschichte der Menschheit nicht erst seit den Kreuzzügen, die vor über 1000 Jahren begannen. Auch die Verfolgung von Juden ist nicht erst eine Erfindung von Hitler, Eichmann und deren Mithelfern gewesen. Die Machtübernahme der Nazis im Jahr 1933 aber machte erst möglich, was sich in den folgenden Jahren in unserem Land und in Europa abgespielt hat. Bis heute ist mir nicht begreiflich, dass sich gegen dieses menschenverachtende System kein nennenswerter Widerstand zeigte. Alle haben die Fenster geschlossen und sich auf ihren geleisteten Eid für das Vaterland berufen, alle waren ohnmächtige Befehlsempfänger – von der Justiz, dem Militär, der Wirtschaft, dem Beamtentum – und alle Gegenaktivitäten waren zum Scheitern verurteilt, denn Zivilcourage wurde damals mit dem Tod bestraft – wie die Beispiele Georg Elser, Geschwister Scholl und die Leute um Graf Stauffenberg gezeigt haben. Viele unserer deutschen Vorfahren haben 1933 begeistert Hitler gewählt und ihm so zu seiner niederträchtigen Macht verholfen, deren Folgen wir alle heute noch tragen müssen. Jetzt haben es die Türken in der Hand, Recep Erdogan zur gleichen Macht zu verhelfen. Ob sie aus unserer Geschichte lernen? – Ich muss es bezweifeln.

Die Geschichte der KZ-Außenstelle Geislingen war in unserer Stadt über Jahrzehnte ein tabuisiertes Thema. Jetzt endlich ist



Der Schweigemarsh hinab zum Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers. Hasserfüllte Rufe einer kopftuchtragenden Frau störten dieses Zeichen der Versöhnung am Sonntag.
Foto: Claudia Burst

Sagt ja zu diesem Projekt

Zum Thema Vollintegration des Landkreises Göppingen in den VVS

Die Vollintegration des Landkreises Göppingen bringt für Geislingen nur Vorteile. Geislingen hat die Chance, am pulsierenden Wirtschaftsraum Stuttgart teilzunehmen. Schon am Beispiel Kuchen zeigt es sich, dass Pendler wegen dieses Nadelöhrs nur noch im Stau stehen, die Gewerbetreibenden können es bestreiten. Die Zukunft könnte so aussehen: In Geislingen oder den Teilgemeinden leben und mit dem Ticket erst den Bus und dann die Bahn zum Arbeitsplatz nehmen. Die Umlagekosten bekommt man in den Griff, dafür spart man Auto- und Energiekosten, die Anwohner werden entlastet. Geislingen und das Umland wird an Attraktivität gewinnen, siehe Kirchheim oder Tourismus und Fremdenverkehr. Also lasst die Bedenkenträger und Zweifler hinter euch, die Zukunft ist jetzt, und sagt ja zu diesem Projekt. Abklängen werden Diskussionen über Feinstaub und Fahrverbote und sonstige Stimmungshemmer. Nicht hin und her überlegen, sondern machen, das bringt uns alle weiter und zusätzlich wird die Umwelt entlastet.

Peter Dieterich, Geislingen

Fürsorglich behandelt

Zum Thema Helfenstein-Klinik

Vor ein paar Wochen musste ich nachts um 23.50 Uhr meine Mutter in die Helfenstein-Klinik bringen. Sie hatte im November 2017 eine große Herzoperation in Stuttgart, war jetzt stark erkältet und bekam schlecht Luft. Wir wurden dort, obwohl es sehr spät war, von allen Schwestern, Arzt und Röntgenassistentin freundlich und fürsorglich behandelt. Es wurde eine Lungenentzündung ausgeschlossen, welche bei ihrer Vorgeschichte sehr schlecht gewesen wäre. Mit einem Rezept für Antibiotika und beruhigt konnte ich meine Mutter wieder mit nach Hause nehmen.

Ich selbst habe schon in der Helfenstein-Klinik gearbeitet als Krankenschwester und weiß um den Hygienestandard und um die fachliche Kompetenz des Personals.

Gabi Straub, Kuchen

Atomherrschaft Israels gestärkt

Zu: Tauziehen um das Atomabkommen mit dem Iran; 2. 5. 2018

Es ist unerträglich, wie die deutschen Medien Netanjahus Aggressionen gegen den Iran eine Plattform bieten. Israel als Nicht-unterzeichner des Atomwaffen-sperrvertrages müsste von der Völkergemeinschaft genauso behandelt werden wie Nordkorea. Deutschland hat mit der Lieferung von sechs U-Booten, die größer sind als die deutschen, Israels Atomherrschaft im Nahen Osten maßgeblich gestärkt. Jeder Staat der Erde kann nun von israelischen Atomraketen erreicht werden. Der deutsche Milliardenzuschuss für Israels Atomraketen-U-Boote wäre als Entwicklungshilfe sinnvoller gewesen.

Rolf Kehrer, Deggingen

Zurückhaltung beim Mähen

Zu: 2000 Tulpen lassen Geislingen frühlinghaft aufblühen; 21. 4. 2018

Tulpenblüte und knallende Hitze im April vertragen sich nicht, und trotzdem erfreute das Gemenge von Bauhofs-Tätigkeit und Samenhandlungs-Spende an markanten Punkten in der Stadt. Jetzt gilt es, die in mehrfacher Hinsicht bedrängte Insektenwelt auch weiterhin zu unterstützen. Und das kann tatsächlich jeder tun, in seinem Garten zum Beispiel, indem er die ersten schüchternen Blütenpflanzen nicht aufgrund des Rasenanspruchs niederläßt. Indem er den Garten als das ansieht, was er sein muss: Die Möglichkeit zu leben für diejenigen, die auch leben sollen und wollen. Insekten, Vögel und anderes Getier. Das rettet nicht die Welt, aber leistet einen kleinen natürlichen Beitrag für die Umwelt, in der wir leben wollen. Jeder Einzelne kann also spenden. Und es kostet außer Toleranz und Umdenken fast nichts. Auch dabei kann der Bauhof mit Zurückhaltung beim Mähvorgang mitten in einer Blüte mit gutem Beispiel vorangehen.

Gabriele Münkler Gebhardt, Geislingen

Lesebriefe an die GZ

Wir freuen uns über Ihre Leserbriefe, die in der Regel samstags erscheinen. Bitte Absender und Rufnummer in Ihren Manuskripten nicht vergessen. Danke.

B-10-Behinderungen belasten auch Reichenbach im Täle

Zu: Baustelle frustriert Autofahrer; 25. 4. 2018

Ich habe vollstes Verständnis für die Verärgerung der Autofahrer und Küchener Bürger. Geplant haben da aber wohl nicht die Gemeinde oder Bürgermeister Rößner, sondern die Verkehrsplaner von Land und Bund, und das schon seit Jahren. Die jetzige teilweise Sperrung und die geplante vierwöchige Sperrung im Sommer belasten ja nicht nur die Anwohner der B 10. Wir wohnen in Reichenbach im Täle, direkt an

der Durchgangsstraße und somit an der begehrtesten Ausweichstrecke für die Pendler aus dem gesamten Raum. Vor etwa drei Monaten habe ich schon einen etwa zweistündigen Film an die Gemeinde Deggingen geschickt, auf dem zu sehen ist, dass an einem ganz normalen Werktag, ohne Autobahnsperrung oder dergleichen, ein Überqueren der Straße morgens und abends schier unmöglich ist. Nicht ausdenken, was dann im Sommer hier passiert, wenn die B 10 für vier Wochen gesperrt ist. Schon

jetzt ist es so, dass ab morgens 4.30 Uhr die Nacht vorbei ist, weil die sich entgegenkommenden Autos auf die Pflasterstein-Begrenzungen ausweichen. Wenn wir nach Feierabend in unsere Garage fahren wollen, müssen wir uns die wüstesten Beschimpfungen und Hupkonzerte anhören. Inzwischen ist das auch schon so, wenn man zum Ausladen des Einkaufes oder zum Einladen von Grünmasse das Fahrzeug kurz für 15 Minuten vor dem Haus parkt.

Man muss sich förmlich dafür entschuldigen, dass man an einer

(ehemaligen) Dorfstraße wohnt! Ja, es ist in der Tat nicht so, dass unsere Vorfahren das Haus dummerweise an eine Autobahn gebaut hätten.

Da hilft es auch nicht, wenn die Gemeinde Deggingen (vermutlich in den Osterferien um 10 Uhr morgens) rausgefunden hat, dass nur 6000 Autos täglich durch Reichenbach fahren.

Im Sinne der Gesundheit aller Bürger unseres schönen „Naherholungsgebietes“ ist hier dringender Handlungsbedarf angesagt!
Hans-Ulrich Maier, Reichenbach

Nicht Israel ist das Problem

Zum Leitartikel: Ein Fest mit Schatten; 19. 4. 2018

Zum wiederholten Male tut sich Frau Zoll mit Unkenntnis über den Nahen Osten und speziell zu Israel hervor. Bei der Staatsgründung von Israel wurden keine 700 000 Palästinenser vertrieben. Weil:

1. die allermeisten der Araber, die damals das israelische Staatsgebiet verließen, nicht vertrieben worden. Sie gingen freiwillig, weil die umliegenden arabischen Staaten vorhatten, den neu gegründeten Staat Israel zu vernichten. Damit nicht „aus Versehen“ arabische Bürger zu Schaden kommen würden, hat man ihnen angeraten, das Gebiet solange zu verlassen, bis alle Juden vernichtet und dann deren Häuser und Wohnungen in Besitz genommen werden könnten. Die israelischen Politiker dieser Zeit haben die Araber sogar gebeten zu bleiben.

Unerwarteterweise haben aber die Israelis den Krieg gewonnen. Nun waren sie es, die den ausge-

reisten Arabern die Rückkehr verweigerten. Die Araber, die geblieben sind, sind heute Bürger des Staates Israel.

2. damals gab es überhaupt keine Palästinenser. Das Volk der „Palästinenser“ ist eine Erfindung des Terroristenführers Arafat. Weil es den Staat Israel vor der Staatsgründung ja nicht gab, nannte man die ganze Region, einschließlich dem heutigen Jordanien, Palästina.

Auch die damals dort lebenden Juden hatten ein P in ihren Pässen, und so nannte man alle dort lebenden Menschen Palästinenser.

In dem Kommentar steht etwas weiter unten, dass das nicht gelöste Palästinenserproblem bis heute den Nahen Osten destabilisiert. Was destabilisiert den Nahen Osten? Die einzige Demokratie im Nahen Osten oder die mörderischen Attacken in Syrien? Nicht Israel ist das Problem, sondern Menschen, die Lügen verbreiten.

Hermann Schneider, Gingen

Wann, wenn nicht jetzt?

Zu: Das Ende ist nah; 28. 4. 2018

Sehr erfreulich für Gingen. Trotz weiterer Verzögerungen ist es nun absehbar: Noch in diesem Sommer wird die Ortsumfahrung fertiggestellt und die innerörtliche Kfz- und Lkw-Lawine erheblich reduziert. Die Lebensqualität steigt, die Bürger können atmen und die Gemeindeverwaltung kann sich endlich um die Gestaltung des Rückbaus der aktuell nicht sehr ansehnlichen Bundesstraße kümmern. Ich hoffe allerdings, die in der Zeitung aufgezählten Vorhaben sind nicht vollständig. Denn nach der erwünschten Vertreibung des innerstädtischen Durchgangsverkehrs sollte man beim Umbau nicht nur die Straße verengen, um zusätzlich Grünflächen und Parkplätze anzulegen und den Gehweg etwas zu verbreitern. Denn selbst das langfristig unionsgeführte Bundesverkehrsministerium strebt einen Verkehrsmix an, der 25 Prozent Fahrradverkehr vorsieht. Da ist den Gingen Stad-

tebauern hoffentlich mehr eingefallen, als die neue Landesstraße autogerecht umzuplanen. Wann, wenn nicht jetzt bei der Komplettsanierung der alten Durchgangs-B 10, kann man sichere und zukunftsfähige Wege für alle Verkehrsteilnehmer bauen. Und eine gute Radinfrastruktur gehört da dazu. Und das ist mehr als eine gestrichelte Linie, die an geparkten Autos entlangführt.

Eckhart Klein, Ortsvorsitzender Grüne im Helfensteiner Land

GZ
Leserbriefseite

Die Briefe ihrer Leser sind der GEISLINGER ZEITUNG jederzeit willkommen.

Bitte senden Sie Ihre Meinungsäußerung an:
GEISLINGER ZEITUNG – Redaktion
Hauptstraße 38, 73312 Geislingen/Stg.
Fax 07331/202-50
geislinger-zeitung.redaktion@swp.de

Geben Sie bitte stets Ihren Namen, Ihre Anschrift und Ihre Telefonnummer an.

Fassen Sie sich kurz: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe aus Platzgründen zu kürzen. Die Leserbriefe geben grundsätzlich nicht die Meinung von Redaktion und Verlag wieder.